

■ „Ehe für alle“ – und nun?

Wir zeigen Ihnen, welche Auswirkungen die „Ehe für alle“ im Bereich Vorsorge & Finanzen hat. Auf einmal ging alles ganz schnell. 393 von 623 Abgeordneten votierten Ende Juni für die gleichgeschlechtliche Ehe. Am 7. Juli 2017 gab auch der Bundesrat seine Zustimmung.

Damit spielt das Geschlecht der Eheleute vor dem Gesetz keine Rolle mehr. Künftig dürfen auch schwule oder lesbische Paare gemeinsam ein Kind adoptieren.

Die neue Gesetzeslage wirkt sich auch in Vorsorge- und Finanzfragen aus. So haben gleichgeschlechtliche Eheleute jetzt das Recht auf Familienversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Das bringt finanzielle Vorteile, wenn nur ein Ehepartner berufstätig ist. Für die meisten Versicherungen hat die neue Rechtslage hingegen keine Konsequenzen. Riester-Verträge und Basisrenten behandeln eingetragene Lebenspartner bereits wie Eheleute. Für eine gemeinsame Rechtsschutz- oder Haftpflichtversicherung ist der Trauschein schon lange überflüssig. Allerdings kann es sinnvoll sein, Bezugsrechte und Regelungen zur Hinterbliebenenversorgung zu aktualisieren.

Übrigens: Wer in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebt, ist jetzt nicht automatisch verheiratet. Dafür braucht es immer noch den Gang zum Standesamt. Neueintragungen einer Lebenspartnerschaft sind nicht mehr möglich.

■ Zum Leben zu wenig? Das muss nicht sein

Jeder 20. Rentner lebt heute auf Sozialhilfeniveau. Und Besserung ist nicht in Sicht. 5,5 % der Bürger im Rentenalter steht eine Grundsicherung zu. Ihr monatliches Gesamteinkommen liegt unter 823 Euro. Dabei geht es den Rentnern von heute noch vergleichsweise gut. Im Durchschnitt kamen Neurentner (Männer) im

letzten Jahr auf 1.008 Euro Monatsrente allein aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Folgende Generationen haben aber kaum Chancen, im Alter das jetzige Versorgungsniveau zu erreichen. Schuld daran sind mehrere Entwicklungen. Die Lebenserwartung steigt. Damit müssen auch die gesetzlichen Renten über einen längeren Zeitraum gezahlt werden. Wenn der Beitrag nicht unbezahlbar werden soll, muss das Rentenniveau sinken.

Aufgrund längerer Ausbildungszeiten starten Menschen immer später ins Berufsleben und zahlen erst spät in die Rente ein. Das Berufsleben verläuft nicht so stetig wie früher. Praktika, Orientierungsphasen und Arbeitslosigkeit wirken sich negativ auf die gesetzliche Rente aus. Jobwechsel bringen nicht immer mehr Gehalt, sondern können mit Einkommenseinbußen verbunden sein.

Wir zeigen Ihnen, was Sie schon heute unternehmen können, um auch im Alter auskömmlich zu leben.



Editorial

Liebe Leserin,
lieber Leser,

am 24. September wählt Deutschland ein neues Parlament. Was bei der nächsten Bundesregierung auf der Agenda stehen wird, wissen wir heute noch nicht. Tatsache aber ist: Die scheidende Regierungsmannschaft hat einen bemerkenswerten Endspurt hingelegt und viele Vorhaben noch vor Ablauf der Legislaturperiode unter Dach und Fach gebracht.

Am 7. Juli 2017 musste der Bundesrat deshalb ein riesiges Arbeitspensum absolvieren. Auf der Tagesordnung standen über 110 Positionen, darunter auch die geplante Stärkung der betrieblichen Altersversorgung (bAV).

Das Betriebsrentenstärkungsgesetz soll die Verbreitung der bAV fördern, Anreize für Unternehmen bieten und insbesondere Beschäftigten mit geringem Einkommen zu einer besseren Versorgung über den Betrieb verhelfen. Die bisherigen Durchführungswege der bAV haben aber weiterhin Bestand.

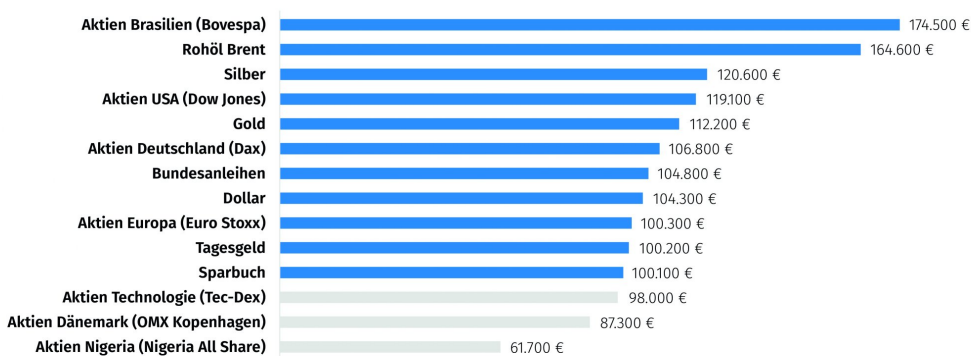
Grund genug, alte und neue Lösungen unter die Lupe zu nehmen. Das Resultat finden Sie im aktuellen Magazin!

Herzliche Grüße
Ihr Steffen Zell

Aus dem Inhalt:

Zum Leben zu wenig? Das muss nicht sein.....	1
Was Geldanlagen 2016 gebracht haben.....	2
Betriebsrente – alt und neu im Vergleich	3
Besserer Schutz für Nachwuchskicker	4
sowie viele Themen mehr!	

Was 2016 aus 100.000 Euro wurde



■ Was Geldanlagen 2016 gebracht haben

Niedrige Zinsen beflügeln die Märkte. Aber nicht immer zeigt der Trend nach oben. Ohne Risiko kein Gewinn. Das ist die Quintessenz des Anlegerjahres 2016. Anlagen in Tagesgeld oder auf dem Sparbuch widersetzen sich hartnäckig einer Kapitalvermehrung. Wer jedoch in den brasilianischen Aktienindex Bovespa investiert hatte, konnte sich zum Jahresende über einen Wertzuwachs von rund 74 % freuen. Dicht dahinter lag Rohöl mit 64 % Zuwachs. Auch US-amerikanische Aktien rentierten sich. Hier wie auch beim Öl tat die Euro-Schwäche ein Übriges und verbesserte das Ergebnis zusätzlich. Öl und Edelmetalle waren ebenfalls klare Gewinner. Der DAX hat sich immerhin tapfer geschlagen. Er konnte um 6,8 % zulegen.

Doch wer glaubt, diese Entwicklung ließe sich nahtlos fortschreiben, sieht sich getäuscht. Im ersten Halbjahr 2017 stagnierte der brasilianische Bovespa, Rohöl legte den Rückwärtsgang ein. Von 100.000 Euro sind nach sechs Monaten nur 71.400 Euro geblieben. Auch hier trifft den Euro eine „Mitschuld“. Er legte gegenüber dem Dollar gut 8 % zu. Der Dax und mehr noch der Dow Jones konnten im ersten Halbjahr die positive Entwicklung fortsetzen. Ein Ende der expansiven Geldpolitik würde den Aufwärtstrend allerdings schnell stoppen. Davor sind auch Immobilien nicht geschützt. Noch zeigt die Preiskurve gerade in den Metropolen nach oben. Steigende Zinsen könnten ihnen einen Strich durch die Rechnung machen und die Preise gerade in weniger gefragten Lagen in den Keller schicken.

Einmal mehr bestätigt sich die alte Anlegerweisheit: Man legt nie alle Eier in einen Korb. Das Investment in eine einzige

Anlagegruppe ist viel zu riskant. Mischung und Streuung helfen, Schwankungen auszugleichen und Anlagen in ein vergleichsweise ruhiges Fahrwasser zu manövrieren. Aber die beste Rendite nützt wenig, wenn plötzlich Krankheit oder ein Unfall den Lebensstandard gefährden. Wer von seiner eigenen Hände Arbeit lebt, sollte zunächst die Arbeitskraft absichern, bevor Kapitalanlage auf der To-Do-Liste steht. Wir unterstützen Sie, Ihre Prioritäten richtig zu setzen.

■ Der Weg zum passenden Investmentfonds

Manchmal wirkt das Thema Kapitalanlage wie ein Buch mit sieben Siegeln. Investmentfonds können die Anlageentscheidungen erleichtern und bieten viele Vorteile: Sie übernehmen das Anlagemanagement, verfolgen eine klar definierte Anlagestrategie und streuen Risiken.

Mit dem Kauf von Investmentfondsannteilen wird der Anleger Miteigentümer am Fondsvermögen. Er hat Anspruch auf Beteiligung am Ertrag und kann seine Anteile zum jeweiligen Rücknahmepreis zurückgeben.

Dreh- und Angelpunkt für die Beratung sollte immer der Anleger sein. Welche Erfahrungen hat er bereits mit verschiedenen Anlagegruppen gesammelt, wie risikobereit ist er und in welchem Umfang kann er Risiken bewältigen sowie mögliche Verluste kompensieren? Je länger der Anlagehorizont, umso leichter sind Wertschwankungen zu verkraften. Danach kommen die Anlageziele auf den Tisch. Soll für die Anschaffung eines Konsum-

gutes gespart werden, steht Altersversorgung im Vordergrund oder geht es darum, vorhandenes Vermögen möglichst gewinnbringend anzulegen?

Einige Fonds orientieren sich neben dem Anlageschwerpunkt auch an ethischen und/oder ökologischen Standards. Sie investieren beispielsweise nicht in Unternehmen, die Waffen produzieren, Kinderarbeit unterstützen oder Umwelt und Natur schädigen. Ratings, also Bewertungen durch unabhängige Dritte, können bei der Fondsauswahl hilfreich sein. Allerdings gibt es für die Ratings keine verbindlichen Qualitätsvorgaben. Einen Fonds nur nach der zurückliegenden Performance zu beurteilen, ist in jedem Fall trügerisch. Das gleicht dem Versuch, ein Auto nur mit dem Blick in den Rückspiegel zu steuern.

Fondstypen nach Anlageschwerpunkt

Typ	Investiert in...
Geldmarktfonds	Kurzfristige Geldmarktpapiere
Rentenfonds	Festverzinsliche Wertpapiere (nach Regionen und Währungen)
Aktienfonds	Aktien (nach Branchen, Regionen, Ausschüttungen, Wertentwicklung)
Immobilienfonds	Immobilien (mind. 51 %; Regionen, Branchen)
Mischfonds	Aktien, Zinspapiere und Immobilien
Dachfonds	Kombination aus verschiedenen Fonds

Wir blicken nach vorn und beraten Sie auf Basis Ihrer Wünsche und Ziele.



■ Betriebsrente – alt und neu im Vergleich

Das Betriebsrentenstärkungsgesetz soll die betriebliche Altersversorgung (bAV) reformieren. Was sind die alten und neuen Formen der „Rente vom Chef“?

Für Arbeitsministerin Andrea Nahles war die Förderung der bAV ein vordringliches Ziel. Insbesondere Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben sollten von der Reform profitieren. Mit Zustimmung des Bundesrates Anfang Juli ist das Vorhaben unter dem Namen Betriebsrentenstärkungsgesetz nun in trockenen Tüchern. Wie es sich bewährt, muss die Zukunft zeigen.

Die Idee einer Versorgung über den Betrieb ist nicht neu, ihre Wurzeln reichen bis ins Mittelalter zurück. Bergbaubruderschaften kümmerten sich nicht nur um die aktiven Mitglieder, sondern auch um verarmte oder invalide Bergleute sowie deren Angehörige. Auch auf See kannte man schon damals vergleichbare Versorgungssysteme.

Mit Beginn der Industrialisierung entwickelte sich die bAV vor allem in Betrieben der Eisen- und Stahlbranche. Dafür stehen Namen wie Gutehoffnungshütte, Krupp oder Siemens. Andere Wirtschaftszweige folgten. Gesetzlich verankert wurde die bAV aber erst 1974 mit dem Betriebsrentengesetz (BetrAVG). Dieses regelte unter anderem, was bei Insolvenz des Betriebes, Wechsel des Arbeitsplatzes und Arbeitslosigkeit mit der bAV passiert. Seit 2002 haben Arbeitnehmer das Recht, Teile ihres Einkommens für eine bAV zu verwenden. Auf diese Weise sparen sie während ihres aktiven Berufslebens Steuern und unter bestimmten Voraussetzungen auch Sozialversicherungsbeiträge.

Vergleich Barauszahlung und Entgeltumwandlung aus Arbeitnehmersicht	Gehaltszahlung	Betriebliche Altersversorgung
Brutto	100 Euro	100 Euro
Sozialabgaben (ohne Arbeitgeberbeitrag)	20 Euro	–
Steuer (Annahme 30 %)	30 Euro	–
Netto	50 Euro	100 Euro (Beitrag für bAV)

Kennzeichen der bAV ist, dass der Arbeitgeber einem Arbeitnehmer Versorgungsleistungen zusagt. Dafür gibt es bislang fünf verschiedene Möglichkeiten (Durchführungswege). Am bekanntesten ist die sogenannte Direktversicherung. Bei diesem Durchführungswege schließt der Betrieb eine Versicherung auf das Leben des Arbeitnehmers ab. Begünstigt sind dabei der Versicherte und seine Angehörigen. Auf den Beitrag müssen weder Steuern noch Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt werden, allerdings gibt es Höchstgrenzen. Direktzusage, Pensionszusage, Unterstützungskasse sowie Pensionsfonds sind weitere Durchführungswege. Für alle gilt: Wenn der Arbeitnehmer den Beitrag aus eigener Tasche finanziert, hat er von Beginn an einen unverfallbaren Anspruch auf die Leistungen. Zahlt der Arbeitgeber, tritt Unverfallbarkeit erst ein, wenn die Versorgung seit mindestens fünf Jahren besteht und der oder die Versicherte mindestens 25 Jahre alt ist.

Jedoch kommt die Verbreitung der bAV seit Jahren nicht so recht vom Fleck. Aktuell haben hierzulande gerade einmal

57 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Ansprüche aus einer Altersversorgung über den Betrieb. Je größer das Unternehmen und je höher das Alter und Einkommen, umso eher besteht eine bAV. Das brachte die Regierungskoalition und hier vor allem das Arbeitsministerium auf den Plan. Mit dem Betriebsrentengesetz soll sich die Verbreitung gerade in kleinen Betrieben und unter Beziehern niedriger Einkommen in Zukunft spürbar verbessern. Um das zu erreichen, wurden einige Neuerungen beschlossen (s. Nachgeschlagen).

Das Betriebsrentenstärkungsgesetz löst die bisherigen fünf Wege zur bAV aber nicht ab. Die „neue“ Betriebsrente wird zum 6. Durchführungswege. Bestehende Verträge behalten ebenfalls ihre Gültigkeit.

Auf die Frage, welche Lösung sich am besten eignet, gibt es keine pauschale Antwort. Je nach Einkommen, beruflicher Situation, Steuerlast und persönlicher Lebensplanung gibt es Vor- und Nachteile. Zusätzliche Vorsorge ist aber unverzichtbar. Und das lieber heute als morgen. Wir beraten Sie zu den Details.

Nachgeschlagen

Neuerungen, die im Januar 2018 in Kraft treten (Auszug):

- Die neue bAV wird im Tarifvertrag geregelt. Nicht tarifgebundene Betriebe können sich dem Tarifvertrag ihrer Branche anschließen.
- Die Zusage erstreckt sich nur auf den Beitrag, nicht auf die Leistung. Das soll Arbeitgeber vor Kapitalmarktrisiken schützen.
- Der Arbeitgeber muss einen Teil der eingesparten Beiträge zur Sozialversicherung in die bAV einbringen.
- Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen werden besonders gefördert.
- Für die Anrechnung auf Sozialhilfe gibt es Freibeträge.

Entgeltumwandlung

Arbeitnehmer haben seit 2001 einen Rechtsanspruch, Teile ihres Einkommens für eine bAV einzusetzen.

Leistungen

Eine bAV kann Alters- und Hinterbliebenenrenten, Einmalcapital sowie Renten bei Verlust der Arbeitskraft enthalten.

Endalter

Leistungen wegen Alters dürfen frühestens ab dem 62. Geburtstag fällig werden.

Beitrag

Der Beitragsaufwand kann beim Arbeitgeber, beim Arbeitnehmer oder auf beiden Seiten liegen. Die Zahlung übernimmt immer der Betrieb.

■ Besserer Schutz für Nachwuchskicker

Mit dem Start in die neue Fußballsaison steht auch das Thema Sicherheit wieder auf dem Spielplan.

Das Warten hat ein Ende. Am 18. August ist die Fußball-Bundesliga in die neue Spielzeit 2017/18 gestartet. Nicht nur Ligaspieler, auch Freizeitsportler und Nachwuchskicker stehen am Anfang der Saison. Das bedeutet: Einsatz zeigen, Leistung bringen, fit sein und auch bleiben.

Auf ihrer Homepage zeigt die Verwaltungsberufsgenossenschaft (VBG), wie das klappen kann. Insbesondere junge Spielerinnen und Spieler erhalten unter www.nachwuchskicker-vbg.de nützliche Informationen und Tipps zum Training. Fit wie die Profis lautet das Motto.

Aktuelle News aus der Welt des Fußballs sind ebenso zu finden wie Erfahrungsberichte von Nachwuchsspielern oder bekannten Profis wie Mario Götze und Sami Khedira. Die Seite möchte sich als erste Anlaufstelle für Jugendliche, Eltern und Trainer anbieten.

Aber auch die beste Vorbereitung schützt nicht immer vor Verletzungen. Deshalb sollten Erwachsene rechtzeitig an die Sicherheit ihrer Sprösslinge denken.

Die gesetzliche Unfallversicherung zahlt keinen Cent für die Folgen eines Freizeitunfalles. Hier schützt nur eine private Unfallversicherung, 24 Stunden am Tag und weltweit.

Wir beraten Sie zum richtigen Versicherungsschutz – ob für Ihre eigenen Kinder, Enkel, Nichten und Neffen.



© Jenny Sturm - stock.adobe.com

■ Augen auf beim Autokauf: Die Typklasse kann bares Geld sparen

Ob klein oder groß: Entscheidend für den Beitrag einer Kfz-Versicherung ist neben den versicherten Leistungen, Regionalklassen und dem Schadenfreiheitsrabatt auch die Typklasse (TK).

Typklassen zeigen die Häufigkeit und durchschnittliche Schadenhöhe der verschiedenen Automodelle an. Je größer die Aufwendungen der letzten drei Jahre, umso höher die TK. Das Typklassenverzeichnis wird jedes Jahr zum 1. Oktober neu erstellt. Diese Neuerung gilt für alle Versicherer in Deutschland. Die Kfz-Haftpflicht kennt 16 Typklassen (TK 10 - 25). Sie werden in erster Linie von der Fahrzeugart und der Fahrweise der

Nutzer beeinflusst. Typische Anfängeraus-tos, darunter viele Kleinwagen, aber auch Vielfahrer-Pkw, sind im Beitrag oft teurer als PS-starke Liebhabermodelle, die relativ wenig gefahren werden. In der Teilkaskoversicherung gibt es 24 (TK 10 - 33) und in der Vollkaskoversicherung 25 Typklassen (TK 10 - 34). Neben der Schadenhäufigkeit und -höhe schlagen auch die Kosten für die vom Versicherer übernommene Eigenschäden zu Buche.

Wer sich für ein Modell mit niedriger Typklasse entscheidet, spart bares Geld. Für die Zukunft ist das aber nicht garantiert. Mit dem Schadenaufwand kann auch die TK steigen. Bei Höherstufung eines Modells haben Versicherte das Recht, ihren Vertrag innerhalb eines Monats zu kündigen.

Haben Sie Fragen? Rufen Sie uns an – wir beraten Sie gern!

Impressum / Herausgeber

Steffen Zell e.K. Versicherungsmakler
Steffen Zell
Rathausstraße 9a
35630 Ehringshausen
Telefon: 06443-82235-00
Fax: 06443-82235-19
service@szv-online.de
www.szv-online.de

Statusbezogene Vermittlerangaben

Erlaubnis nach § 34d Abs. 1 GewO
Registernummer: D-DMEL-HOQ6U-28
Vermittlerregister:
Deutscher Industrie- und Handelskammertag
(DIHK) e.V., Breite Straße 29, 10178 Berlin,
www.vermittlerregister.info

Schlichtungsstellen:

Versicherungsombudsmann e.V., Postfach 08 06 32,
10006 Berlin, www.versicherungsombudsmann.de
Ombudsmann Private Kranken- und Pflegeversicherung,
Leipziger Straße 104, 10117 Berlin,
www.pkv-ombudsmann.de

Konzept und Layout:

Wolters Kluwer Deutschland GmbH
Luxemburger Str. 443, 50939 Köln
V.i.S.d.P.: Yvonne Becker

Text und Redaktion:

Sabine Brunotte, BrunotteKonzept
info@brunottekonzept.de

Alle Rechte vorbehalten, Abdruck, Nachdruck, datentechnische Vervielfältigung und Wiedergabe (auch auszugsweise) oder Veränderung über den vertragsgemäßen Gebrauch hinaus bedürfen der schriftlichen Zustimmung der Redaktion. Die vorliegenden Informationen wurden sorgfältig recherchiert und geprüft. Für die Richtigkeit der Angaben sowie die Befolgung von Empfehlungen kann die Redaktion keine Haftung übernehmen.